

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Maxvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Mord- und Kriegsschuldblügenhebe in Bayern

München, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das bayrische Vaterland, ein in München erscheinendes Organ der Bayerischen Volkspartei, bringt in seiner Nummer 172 unter der schreienden Überschrift: „Wie die Juden Eisner und Fehrenbach ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volke begangen“ zu den Enthüllungen in den Süddeutschen Monatsheften über die Frage der Kriegsschuld folgendes, nachdem vorher behauptet worden ist, daß nicht Eisner, sondern Fehrenbach den im November 1918 von Eisner veröffentlichten Bericht des bayrischen Gesandten über die Frage des Konflikts zwischen Österreich und Serbien veröffentlicht habe:

„Eisner ist tot, aber der Jude Fehrenbach läuft noch irgendwo auf seinen Pfaffen auf der Welt herum. Warum hat der Staatsanwalt diesen Schutz nicht am Kragen wegen Hochverrats, wegen dieses infamen Verbrechens am ganzen deutschen Volke? Es wird keinen vernünftigen deutschen Arbeiter geben, der nicht in tiefer Seele solche Verbrecher verflucht und verdammt; denn die Arbeiterklasse hat der Jude Fehrenbach genau so in das tiefste Elend hineingeworfen wie die anderen Volkseile, und Eisner hat zumindest in jahrelanger Weise dazu mitgeholfen. Es gibt kein Wort, das stark genug wäre, um dieses schandbaren Verbrechens der zwei Mäde-Juden entsprechend zu brandmarken. Jetzt blüht eine ganze Nation dafür. Wir sprechen es offen aus, was wir und Tausende von uns denken: die ganze Maske Eisners und Fehrenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindes und es, und für den Juden Fehrenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkenart zu jähnen. Staatsanwalt, wacke deines Amtes!“

Das ist die nackte Aufforderung zum Mord. Man will hier Mitwisser um die geschichtliche Wahrheit beseitigen. Es ist selbstverständlich, daß sich in Bayern kein Staatsanwalt findet, der gegen die Aufforderung zum Mord irgend etwas unternimmt. Das ist man in Bayern gar nicht anders gewöhnt. Jeder, der der Reaktion irgendwie ungenug wird, muß beseitigt werden. Hier handelt es sich darum, daß man durch die Veröffentlichung in den Süddeutschen Monatsheften eine großzügige Hehe gegen alle die einleitet, die in der Frage der Kriegsschuld anderer Meinung sind wie die Alldeutschen. Und die Kriegsschuldigen werden jetzt ebenso dazu benutzt, das deutsche Volk an der Nase herumzuführen, wie man es während des Krieges und vorher in den Tod und ins Verderben gelogen hat. Die Agitation mit den Kriegsschuldigen ist nur eine Art des Kampfes der bayrischen Reaktion, und deshalb muß diesen Lügen aufs schärfste entgegengetreten werden.

In der Münchner Morgenpost veröffentlicht Genosse Fehrenbach heute einen Artikel, in dem er über die Geschichte der Veröffentlichung des bayrischen Gesandtschaftsberichts vom 18. Juli 1914 durch Kurt Eisner berichtet. In diesem Artikel wird die Veröffentlichung des gesamten Berichts, der damals von Eisner nur auszugsweise veröffentlicht wurde, angekündigt.

Die Steuerprogramm-Sitzung des Reichskabinetts erst heute.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts sind nicht, wie anfänglich gemeldet, die neuen Steuervorlagen besprochen worden. Erst heute soll eine neue Kabinettsitzung in Anwesenheit des gestern abend von einer Reise zurückgekehrten Reichswirtschaftsministers Schmidt die Steuervorlagen erledigen.

Bernstein und Kautsky für und an Rußland.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Freiheit und Bewußtsein bringen einen Aufsatz von Eduard Bernstein und Karl Kautsky: Ein Wort für Rußland und ein Wort für Rußland. Er sagt, daß angesichts der surd-barsten Verleumdungen des russischen Volkes aller Gegenstand und Unterhalt der Parteien zurücktreten müßte. Außerhalb Rußlands, aber auch in Rußland selbst. Eine russische Regierung, die an alle Parteien außerhalb Rußlands appelliert, werde ihrer Sache am besten dienen, wenn sie zu ihrer Stimme die aller hilfswilligen Elemente die aller russischen Parteien gesellt, wenn ihnen auch die Möglichkeit gegeben wird, ihre Stimme frei und laut erschallen zu lassen. Es wird dann weiterhin erklärt, daß nicht nur im eigentlichen Rußland, sondern auch in Georgien, Armenien usw. die größte Not herrsche. Doch diese Gebiete seien nicht nach einer Hilfsaktion. Was sie brauchen, ist die Freiheit, sich selbst zu helfen, der Abmarsch der Roten Armee und die Möglichkeit freier Selbstverwaltung. Aber ganz allgemein sei Rußland ohne größere innere Freiheit nicht zu retten, aber auch nicht ohne eine Hilfsaktion des Auslandes, und diese darf nicht abhängig gemacht werden von dem politischen Verhalten der Sowjetrepublik. Wenn das Haus in Flammen stehe, frage man nicht lange, ob der Besizer durch Handlungen oder Unterlassungen Mitschuld auf sich geladen habe. Das Haus sei in Gefahr, man suche, zu retten, was zu retten sei und die Flammen zu löschen, wo man sie löschen kann.

Parteiliche Ausschaltung der russischen Hungersnot.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne enthält eine offenbar parteiisziplinäre Auseinandersetzung über den Charakter der proletarischen Hilfsaktion für Rußland. Sie habe nicht zuletzt zu berücksichtigen, daß eine der Ursachen der Not in der mangelhaften Unterstützung des russischen Proletariats in seinem Kampf und folglich auch in seinen Aufbau-

möglichkeiten durch das westeuropäische Proletariat liege. „Diese Ursache, so fährt das ... fort, muß besonders scharf betont werden, und das sagen wir zum Schluss, daß nur die proletarische Weltrevolution Sowjetrußland und seiner 130 Millionen zählenden Bevölkerung helfen kann. Da aber diese Befreiung immerhin nur eine Zukunftssache ist und da die heutigen Zustände in Sowjet-Rußland eine sofortige dringende Unterstützung verlangen, so stellen wir auch Tagesforderungen auf.“

Die Behauptung, daß die mangelnde Unterstützung Rußlands durch das westeuropäische Proletariat eine der Ursachen der Not in Rußland ist, hat gerade soviel Recht, wie die Behauptung der Bolschewisten, daß die Sowjetmacht einen großen Anteil an der durch eine Naturkatastrophe ganz außergewöhnlicher Art herbeigeführten Not trage.

Ein Hundstagswiz.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Kopenhagener Zeitung Politiken aus Kopenhagen erfährt, will ein Gorilka wissen, daß Lenin als letzte Hilfe gegen die Not Rußlands vorgeschlagen haben soll, die Staatsschulden anzuerkennen, die seinerzeit von den Bolschewisten annulliert worden seien, Bedingung für eine solche Anerkennung sei jedoch, daß die Ausbezahlung der Zinsen und Zinskündigung der Schulden nicht vor 25 Jahren geschehe.

Wir glauben nicht, daß die französischen Gläubiger Rußlands sich durch einen Wechsel auf 25 Jahre befriedigt fühlen werden.

Wirtschaftsansehluß Luxemburgs an Belgien

Brüssel, 28. Juli. Die luxemburgische Eisenbahnfrage ist durch das Abkommen zwischen der Luxemburger und der belgischen Regierung, das gestern gezeichnet wurde, erledigt worden. Die luxemburgischen Eisenbahnen sollen in Zukunft von der belgischen Regierung verwaltet werden. Belgien übernimmt die diplomatische Vertretung des Großherzogtums Luxemburg da, wo die luxemburgische Regierung nicht vertreten ist. Belgien bewilligt Luxemburg eine Anleihe von 185 Millionen Frank. Es wird ein Oberster Rat für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder geschaffen, dessen Vorsitz ein Belgier führt. Die Mehrheit der Stimmen in diesem Rat wird belgisch sein. Durch diesen Vertrag wird das Großherzogtum Luxemburg dem belgischen Wirtschafts- und Zollregime eingegliedert, und Frankreich hat auf alle seine Vorzugsrechte, die ihm die letzte Volksabstimmung in Luxemburg zusicherte, verzichtet.

Eine kommunistische Abgeordnete verhaftet.

Breslau, 28. Juli. Gestern nachmittags ist hier die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Rosa Wolstein verhaftet worden.

Eine Untersuchungskommission über die Stettiner Vorgänge.

Stettin, 28. Juli. Eine neutrale Kommission, die aus Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums besteht, wird die Untersuchung der Zusammenstöße zwischen Schutzpolizei und Reichswehr in Stettin führen.

Rücktritt der Thüringischen Regierung.

Weimar, 28. Juli. (Eigener Bericht der L. V.) In der heutigen Landtagssitzung wurde das Grundsteuergesetz durch die Demokratische Volkspartei und die Kommunisten abgelehnt. Die demokratisch-rechtssozialistische Regierung ist darauf zurückgetreten. Die Unabhängige Fraktion hatte die Auflösung des Thüringischen Landtags beantragt.

Die Thüringische Regierung bestand aus vier Rechtssozialisten und drei Demokraten.

Sieg Amsterdams in Lille.

Paris, 28. Juli. Auf dem Gewerkschaftskongress in Lille wurden, wie die Humanité meldet, für den Bericht des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) 1542, dagegen 1353 Stimmen abgegeben.

Ein Kommunistengesetz in Jugoslawien.

Belgrad, 28. Juli. (Meldung des Pressebüros.) Eine Konferenz der Vertreter der Regierungsparteien nahm grundsätzlich den Vorschlag des Ministers des Innern betreffend einen Gesetzentwurf zum Schutze des Staates an.

Graz, 27. Juli. Die Tagespost meldet aus Belgrad, die Tätigkeit aller kommunistischen Organisationen und Syndikate sei durch eine Regierungsverordnung verboten worden.

Agram, 28. Juli. Die Polizei besetzte sämtliche Räumlichkeiten der hiesigen syndikalistischen Organisationen und beschlagnahmte die Archive.

Die „schöne Gelegenheit“.

„... Ich hatte im Jahre 1911 den Weltkrieg abgewendet. Wenn ich in der Nacht blieb, insbesondere wenn ich die Führung übernahm, wie es nach den Wahlen vom Mai 1914 vorauszu sehen war, so konnte ich meine Politik fortsetzen, die auftauchenden internationalen Schwierigkeiten lösen, zusammenfassend behandeln. Zeit gewinnen, und die Kriegspartei wußte nur zu gut, daß die Zeit gegen sie arbeitete. Die Alldeutschen, um die große Hoffnung gebracht, die sie 1911 genährt hatten, während, weil ihnen die „schöne Gelegenheit“ ent schlüpf war, bestanden seit darauf, daß derartige nicht noch einmal vorkomme. Sie mußten schnell machen und insofern dessen die Gemütskräfte umrennen, welche die ungeduldig erwartete Generobrücke zu verhindern drohten. Diese überlegten Absichten verbanden sich mit den Konfliktwünschen, die unsere Reaktionäre im verlebten Reichsinn jählich hegten, da sie zitterten vor den Finanz- und Sozialreformen und überzeugt waren, daß ein „netter kleiner Krieg“, wie sie sich auszudrücken pflegten, mit den unfruchtbarsten Mägen der Radikalen und der Sozialisten aufräumen ... würde ... Wie wimmelte es doch von halben Besessenen dieses Geisteszustandes in Neben, Kritiken und Wüsten ... In der rauhen Sprache eines Soldaten ... hat General Rebillot den ganzen Gedankeninhalt seiner Freunde in der „Vibre Parole“ vom 13. Dezember 1914 von sich gegeben: Der Krieg allein konnte uns retten, aber der Pazifismus würde ihn trotz alledem noch beschworen haben. Da hat sich die Vorlesung zu erkennen gegeben, indem sie es Kaiser Wilhelm auferlegte, uns den Krieg zu erklären ...“

Dieses Zitat, das neben der Schuld der Alldeutschen den Anteil der französischen reaktionären Kriegstreiber an der Kriegsschuld von 1914 unparteiisch anerkennt, stammt von einem Franzosen. Es ist enthalten in dem lebenswerten Buche, das Joseph Cailaux über seine Rolle während des Krieges und die Verfolgungen wider ihn, die in dem bekannten, mit seiner halben Beurteilung vor dem Staatsgerichtshof endenden Prozeß gipfelten, herausgegeben hat und das jetzt in deutscher Uebersetzung von Viktor Henning-Pfannkuche vorliegt. Dieses Buch liefert äußerst interessante und wichtige Beiträge zur Frage der Kriegsschuld und der Kriegsverlängerung. Deutsche Nationalisten werden es nach dem bekannten Rezept verwerten, um nachzuweisen, daß Deutschland keine Schuld am Kriege treffe, daß es von den böswilligen Nachbarn eingekreist und überfallen worden sei. Das ist natürlich Schwindel und wenn man Sätze nicht aus dem Zusammenhang reißt und wesentliche Tatsachen verschweigt, läßt sich Cailaux auch nicht als Kronzeuge für diese erleuchtete Auffassung anführen, wie schon unser obiges Zitat zeigt, wo er über der Schuld der französischen Reaktionäre die der Deutschen nicht vergißt. Cailaux verweist in den Sätzen, die dem von uns wiedergegebenen Passus vorhergehen, gerade auf deutsche und ungarische Gelder, die bei der Campagne eine bedeutende Rolle gespielt haben, die der nationalisistische Figaro im Jahre 1914 mit Veröffentlichung von Liebesbriefen und dergleichen gegen ihn führte. (Cailaux' Gattin setzte ihm ein Ziel, indem sie den Chefredakteur des Figaro Callmette nieder schloß; die Pariser Geschworenen sprachen sie frei.) Aus einer Reihe gewichtiger Indizien, von der Regierung aufgefangener Telegramme, Berichte des englischen Gesandten in Berlin usw. versucht Cailaux den Schluß zu beweisen, daß eine weltanschaulich angelegte alldeutsche Gesellschaft, die durch die Krupp und Konjorten überreichlich mit Kapital versehen worden sei, das Ziel verfolgte, ausländische Zeitungen zu subventionieren und daß mit Hilfe der Dresdner Bank, vertreten durch einen Herrn Bayer, eine Persönlichkeit in die Direktion des Figaro gehoben worden sei, die sich deutschen Wünschen gefügig erwies. Im Jahre 1913 habe die Leitung des Figaro ferner eine Unterstützung des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza angenommen, die sie dazu brachte, Tisza gegen die Angriffe der ungarischen Unabhängigkeitspartei, die den Dreibündnisvertrag lösen wollte, zu unterstützen. Diese Mächte haben dann nach Cailaux den Figaro-Verleger, der die Enthüllung seines Verhältnisses zu ihnen zu fürchten hatte, zu dem Feldzug gegen ihn angetrieben oder gar gezwungen. Aber dieser Feldzug sei gleichzeitig von französischer Seite mit Wohlwollen betrachtet und ermutigt worden und Cailaux nennt direkt den damaligen Präsidenten der Republik, Poincaré, der unmittelbar oder mittelbar dem Direktor des Figaro Material zu seinen Angriffen geliefert habe.

Diese Ausführungen, die wir hier nur streifen können, werfen interessante Lichter auf die Art und Weise, wie das Großkapital und namentlich das Rüstungswesen sich die Presse nicht nur des Inlandes, sondern auch des Auslandes nutzbar zu machen weiß. Cailaux zitiert ein bezeichnendes Wort eines Schriftstellers von der Welt-Erzählungen-Gesellschaft, die ein schmieriges Interesse verleiht, Kriegsrüstungen und Feindseligkeiten unter den Nationen zu betreiben. Er behauptet, daß ihr Einfluß nicht wenig dazu beigetragen habe, den Krieg zu verlängern, die Friedensmöglichkeiten,

* Meine Gefangenschaft, vor der Weltgeschichte dargelegt, von Joseph Cailaux. Rheinverlag, Basel und Leipzig 1921. 640 Seiten.